

Volkszählung mit Sprengkraft

In Bosnien-Herzegowina gibt es erstmals eine muslimische Mehrheit



Hausbesuch für die Volkszählung 2013 bei einem Einwohner des Dorfes Krusev in der Nähe von Srebrenica.

DADO RUVIC / REUTERS

Der Bosnien-Krieg hat zu einer Bevölkerungsabnahme geführt. Der Anteil der Muslime an der Gesamtbevölkerung ist aber gestiegen. Dies führt zu Ängsten bei den Serben und politisch möglicherweise zum Stillstand.

IVO MIJNSSEN

In Bosnien-Herzegowina heizt eine Volkszählung ethnische Spannungen neu an. Sie wurde letzte Woche publiziert und zeigt, dass das Land zum ersten Mal über eine bosniakische, also muslimische Bevölkerungsmehrheit verfügt. Die Bosniaken machten 2013 50,1 Prozent der Einwohner aus. Sie haben klar zugelegt. Weniger zahlreich im Vergleich mit der letzten Zählung 1991 sind die Serben mit 30,8 und die Kroaten mit 15,4 Prozent. Gesamthaft leben gut 3,5 Millionen Menschen in dem Land – 20 Prozent weniger. Die Gründe für den Bevölkerungsschwund sind die Verluste im Bosnien-Krieg von 1992 bis 1995 durch Vertreibung und Tötung, Emigra-

tion sowie die tiefe Geburtenrate von knapp 1,3 Kindern pro Frau.

Die Veröffentlichung der Zahlen erfolgte erst nach einem jahrelangen Seilziehen. Die Republika Srpska sträubte sich gegen eine Publikation, da ihre Führer um den serbischen Einfluss auf gesamtstaatlicher Ebene fürchten. Die Vertretung der Volksgruppen in den staatlichen Organen wird nach ihrem Bevölkerungsanteil bestimmt. Zudem leitet sich daraus auch ein Anspruch auf EU-Fördermittel ab. Die Publikation der Resultate erfolgte erst, nachdem die EU gedroht hatte, dem mausarmen Beitrittskandidaten Bosnien-Herzegowina Finanzhilfe zu entziehen, wenn es keine neuen Zahlen vorlege. Die Zählung wurde 2013 erst auf Druck der EU durchgeführt.

Streitpunkt Vertriebene

Der Präsident der Republika Srpska, Milorad Dodik, erklärte, er werde die Volkszählung nicht anerkennen. «Die Entscheidung zur Veröffentlichung wird die Situation im Land verschärfen», so Dodik warnend. Ein weiterer führender

Politiker, Dragan Cavic, kündigte an, die Resultate würden nicht angewendet. Man werde den serbischen Vertreter aus der Statistikbehörde abziehen.

Konkret dreht sich der Streit darum, dass die Statistikbehörde 200 000 bosnische Staatsbürger mit zählte, die im Ausland leben, aber im Land weiterhin über Besitz verfügen. Die Serben sind dagegen, da es sich massgeblich um Vertriebene handelt. Durch die serbische Kampagne der «ethnischen Säuberung»

während des Kriegs wurden Kroaten und Bosniaken aus Gebieten vertrieben, die heute in der Republika Srpska liegen. Die Kroaten ihrerseits vertrieben im Zuge der Rückeroberung der Krajina die ethnischen Serben. Die Segregation widerspiegelt sich in der Volkszählung: 92 Prozent der bosnischen Serben leben in der Republika Srpska, 91,4 Prozent der bosnischen Kroaten und 88,2 Prozent der Bosniaken in der bosnisch-kroatischen Entität.

Ethnischer Machtkampf

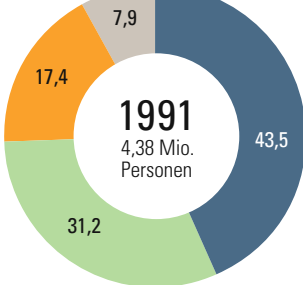
Die Volkszählung vergrössert die politische Unsicherheit in Bosnien. Das Staatsgebilde beruht auf einer brüchigen Machtteilung zwischen Serben, Kroaten und Bosniaken. Im Gebiet der bosniakisch und kroatisch dominierten bosnischen Föderation stellen die Bosniaken acht von sechzehn Ministern. Wenn sie nun in der Mehrheit sind, könnte dies durchaus zu Forderungen nach zusätzlichen Posten führen. Das Dayton-Abkommen von 1995, das den Staatsaufbau regelt, legt keine politischen Konsequenzen demografischer Verschiebungen fest. Es droht ein Machtkampf, der die bereits heute schlecht funktionierenden Institutionen noch weiter lähmen dürfte und damit auch die wirtschaftliche Perspektivlosigkeit der Bevölkerung zu verlängern droht.

Dass sich das Land zusammenrauft, scheint angesichts der ethnischen Polarisierung wenig wahrscheinlich. Wie weit diese fortgeschritten ist, zeigt auch die Volkszählung: Ethnische Identitäten werden immer stärker mit religiösen verbunden. So bezeichneten sich praktisch alle Bosniaken als muslimisch, die Serben als orthodox und die Kroaten als katholisch. Darin manifestiert sich eine Verhärtung der Identitäten – etwas, was es im relativ areligiösen Bosnien vor dem Balkankrieg kaum gab.

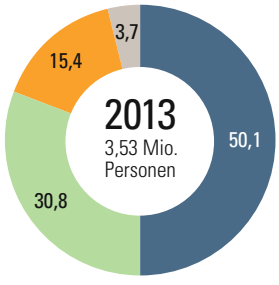
Die Ethnien in Bosnien-Herzegowina

Angaben in Prozent

- Bosniaken
- Serben
- Kroaten
- Andere



QUELLE: VOLKSZÄHLUNG BOSNIEN-HERZEGOWINA



NZZ-Infografik/jok.

Trump's Spiel auf der Hundepfeife

Mit einem diffamierenden Tweet über Clinton bedient Trump indirekt antisemitische Gruppen

Mit einer Nachricht auf seinem Lieblingsmedium Twitter hat es Donald Trump geschafft, die Schlagzeilen weg von Hillary Clintons E-Mail-Affäre und zu sich hin zu ziehen – nur nicht in der von ihm erwünschten Weise.

PETER WINKLER, WASHINGTON

Es ist kein Geheimnis, dass Donald Trump in seinem Wahlkampf in erster Linie die Ängste und Sorgen einer meist weissen Bevölkerungsgruppe bedient, die sich als Opfer der jüngeren wirtschaftlichen und politischen Umwälzungen sieht. Wer wollte, konnte sich davon an unzähligen Wahlveranstaltungen oder in den Abstimmungslokalen der republikanischen Vorwahlen ein Bild machen. Trump ist keineswegs der einzige Politiker, der diesen Teil der Wählerschaft anspricht – er ist nur der erste, der es kompromisslos tut. Womöglich schlug er genau deswegen seine zum Teil besser qualifizierten Konkurrenten in

den Vorwahlen aus dem Feld. Kritiker des New Yorker Immobilienmoguls glauben, Trump habe dies unter anderem darum geschafft, weil er es besser als alle anderen verstehe, die sogenannte Hundepfeife einzusetzen.

Codierte Sprache

Darunter versteht man den Gebrauch einer Sprache, deren wirkliche Bedeutung nur jenen klar wird, die das entsprechende Gehör haben – so wie die hohen Töne der Hundepfeife nur für diese Vierbeiner laut und deutlich hörbar sind. Eine inzwischen gelöschte Twitter-Nachricht Trumps vom Samstag, als seine Gegenspielerin Hillary Clinton vom FBI zur E-Mail-Affäre befragt wurde, ist ein treffliches Beispiel dafür, was genau Trump zur Last gelegt wird.

Vordergründig ging es bei der Nachricht und dem dazugehörigen Bild um das Resultat einer Umfrage von Fox News, die nahelegte, dass Clinton bedeutend weniger vertrauenswürdig sei als Trump. Doch garniert wurde die Schlagzeile «Geschichte gemacht» mit

Clintons Konterfei und einem sechszackigen Stern mit dem Motto: «Korrupteste Kandidatin seit je», vor einem Hintergrund mit 100-Dollar-Scheinen.

Im Handkehrum wurde auf Internetplattformen und den Medien der Vorwurf laut, der rote Stern erinnere an den Davidstern und bediene zusammen mit dem Haufen Geld im Hintergrund das typisch antisemitische Klischee der jüdischen Geldgier. Skeptiker verteidigten Trump und warfen ein, Clinton sei ja gar nicht jüdisch, sondern christlich, und Trump habe zudem einen jüdischen Schwiegersohn, was dazu führte, dass sich die Tochter ebenfalls vom Judentum bekehrte. Der Verdacht, Antisemitismus sei Triebfeder der Twitter-Nachricht, sei in einer solchen Konstellation doch etwas weit hergeholt.

Zudem, meinten andere, könne der Stern durchaus auch einen Sheriff-Stern darstellen. Schliesslich habe sogar der United States Marshals Service einen solchen sechszackigen Stern im Wappen. Trumps ehemaliger Manager des Wahlkampfteams, Corey Lewandowski, der inzwischen zum gutbezahlten Kom-

mentator von CNN wurde, nannte die kritischen Stimmen «politische Korrektheit auf Amoklauf».

Nicht mehr auszulöschen

Dann aber entdeckte die Internet-Publikation «Mic» am Sonntag, dass das Clinton-Bild bereits Wochen zuvor auf zwei bekannten ultrarechten, antisemitischen und rassistischen Foren aufgetaucht war. Trump hatte inzwischen den Stern notdürftig mit einem Kreis überdeckt und die Twitter-Botschaft neu lanciert. Doch er musste eine schmerzliche Erfahrung machen, die vielen anderen schon die Karriere zerstörte: Was einmal im Internet kursierte, kann nicht mehr gelöscht werden.

Die Episode zeigt – übrigens nicht zum ersten Mal –, dass sich Trump nicht scheut, auf Inhalte aus dem Fundus unappetitlicher Gruppen zurückzugreifen, allerdings ohne sich mit ihnen zu identifizieren oder sich klar und deutlich von ihnen zu distanzieren. Gewollte Unschärfe oder wie seine Gegner sagen würden: Spielen auf der Hundepfeife.

Missstimmung auf Korsika

Regierungschef gegen Anerkennung der Sprache der Inselbewohner

Tz. Paris · Nach dem überraschenden Sieg der korsischen Autonomisten in den Regionalwahlen im letzten Dezember hat der französische Premierminister Manuel Valls am Montag mit einer offiziellen Visite auf der gut 320 000 Einwohner zählenden Mittelmeerinsel Dialogbereitschaft markieren wollen. Allerdings wies Valls die Hauptforderungen der neuen politischen Führer Korsikas, nämlich des Chefs der Regionalregierung, Gilles Simeoni, und des Präsidenten des Regionalparlaments, Jean-Guy Talamoni, abermals entschieden zurück.

Mehr Wirtschaftsförderung

Im Besonderen wandte sich Manuel Valls gegen eine offizielle Anerkennung der korsischen Sprache neben der französischen. Er lehnte ebenso einen Sonderstatus für die ständigen Bewohner der «Ile de beauté» ab. Und erst recht als ungerechtfertigt bezeichnete er die von den Separatisten verlangte Amnestie für die angeblichen politischen Gefangenen. Schon nach dem Sieg der Autonomisten hatte der Regierungschef klargestellt, dass Korsika integraler Teil der französischen Republik sei, wobei er die Existenz politisch Verfolgter bestritt.

Demgegenüber versuchte Valls in seiner Rede vor dem korsischen Regionalparlament in Ajaccio die für 2018 geplante Fusion der bisher zwei korsischen Départements zu einer einheitlichen Körperschaft als wichtiges Kapitel eines Dezentalisierungsprozesses und als Zeichen der Anerkennung der «kulturellen korsischen Ausnahme» darzustellen. Zudem sicherte Valls eine Verlängerung des 2002 von Regierungschef Lionel Jospin in die Wege geleiteten Sonderprogramms zur wirtschaftlichen Förderung der Insel zu. Eine weitere Tranche von 450 Millionen Euro soll nun für die nächsten drei Jahren ausbezahlt werden. Ferner sprach sich Valls auch für eine Fortsetzung der fiskalischen Sonderregelungen zum Schutz der Lokalbevölkerung vor der Bauspekulation auf der Ferieninsel aus.

«Volk ohne Existenzrecht»

Der Autonomist Talamoni bedauerte, dass ein grosses Land wie Frankreich einem so kleinen Volk wie dem korsischen weiterhin das Existenzrecht abspreche. Dabei falle doch der Besuch von Premierminister Manuel Valls in eine Zeit, in der sich die Zahl separatistischer Attentate, die sich gewöhnlich gegen Immobilien von Festlandfranzosen gerichtet hatten, stark vermindert habe und die Zeit für einen Frieden entsprechend in Griffnähe erscheine. Schliesslich widersetzte sich Talamoni dem im übrigen Frankreich weitverbreiteten Vorurteil, dass die Korsen nur mehr Geld von Paris wollten und jeweils erst noch in die Hand bissen, die man zu ihnen ausstreckte. Tatsächlich poche Korsika vor allem auf mehr finanzpolitische Autonomie.

2003 hätte Korsika solche Selbstbestimmungsrechte fast erhalten. Ein noch von der sozialistischen Regierung von Lionel Jospin vorgeschurtes und in der Folge von den Gaullisten in Paris halbherzig organisiertes Referendum über eine verstärkte Autonomie wurde jedoch im Juli 2003 von 51 Prozent der Korsen knapp verworfen.

Das Abstimmungsergebnis widerspiegelte nicht nur einen anhaltenden Antagonismus zwischen der angestammten korsischen Bevölkerung und den nach dem Krieg in Algerien von dort aus nach Korsika umgesiedelten Franzosen. Es ist auch darauf hingewiesen worden, dass die Separatisten immer wieder unter Richtungskämpfen litten und sich mit der jahrzehntelangen Wirtschaftsförderung aus Paris erst noch ein republiktreuer Klientelismus auf der Insel entwickelt habe. Auch die Regionalwahlen vom letzten Dezember konnten die Separatisten und Autonomisten bloss mit einer relativen Stimmenmehrheit von knapp 37 Prozent gewinnen.